

ÖNZ Dossier

Aktuelle Situation in der DR Kongo

Im Osten der DR Kongo kommt es seit einigen Monaten zunehmend zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der nationalen kongolesischen Armee FARDC und verschiedenen Rebellengruppierungen. Über 250.000 Menschen sind aufgrund dieser neuen Kämpfe und Übergriffe von Milizen innerhalb des Kongo sowie nach Ruanda und Uganda auf der Flucht, berichtet die VN. Die Kämpfe und Unruhen sind insbesondere auf die Schwäche der kongolesischen Regierung zurückzuführen, die von gewaltbereiten Akteuren ausgenutzt wird. Auch der fortwährende Wettstreit um wertvolle Ressourcen destabilisiert die Lage. Schließlich veranschaulicht diese Krise die erheblichen Mängel im Bereich der Sicherheitssektorreform, die von der kongolesischen Regierung in den letzten Jahren vernachlässigt wurde.

Wahlen und Konflikt

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 28. November 2011 in der DR Kongo (DRC) wurden und werden national wie international heftig kritisiert. Tausende Wahlbeobachter dokumentierten Wahlbetrug in erheblichem Ausmaß, der zum großen Teil zu Gunsten der Partei PPRD von Präsident Joseph Kabila angelegt war. Der Oppositionspartei UDPS unter Étienne Tshisekedi werden ebenfalls Manipulation und der wiederholte Aufrufe zur Gewalt vorgeworfen.

Die umstrittenen Präsidentschafts- und Legislativwahlen hatten drei gravierende Folgen, auf denen die heutige politische und militärische Krise in der DRC gründet.

Zum einen führte der offensichtliche Wahlbetrug, der nachträglich durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofes legalisiert wurde, zu einem gravierenden Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in den bereits fragilen Demokratisierungsprozess. Wo 2005 noch Aufbruchsstimmung und Enthusiasmus für die neue Demokratie herrschten, sehen sich viele kongolesische Bürger heute wie früher als Opfer einer korrupten, mafiös verfilzten politisch-ökonomischen Elite, die staatliche Ämter weiterhin nicht als Dienst am Gemeinwohl auffasst, sondern zur persönlichen Bereicherung und Vorteilsnahme ausbeutet. Dieses Staatsverständnis hat sich unter der Mobutu-Herrschaft im ehemaligen Zaire in breitem Stil entwickelt und setzt sich bis heute fort.

Zum Zweiten vertiefte der Disput um den tatsächlichen Ausgang der Präsidentschaftswahlen die Spaltung zwischen Opposition und Regierung, die zuvor wenn schon nicht kooperativ, so doch weniger konfrontativ miteinander umgegangen waren. Heute ist eine sachliche Kommunikation zwischen den beiden Lagern kaum noch möglich. Im Parlament stehen sich die Fraktionen so feindlich gegenüber, dass die Spannungen in außerparlamentarischer Form eskalieren könnten.

Drittens verursachte der unbefriedigende Wahlausgang einen enormen nationalen und internationalen Legitimitätsverlust der Regierung und eine Schwächung des Präsidenten. Internationale Partner sind auf Distanz zu Präsident Kabila gegangen und vergeben kaum noch Mittel in staatlich gelenkte Reformprojekte. Stattdessen werden verstärkt Projekte der Zivilgesellschaft gefördert, die dazu beitragen sollen, dort humanitär zu wirken, wo der Erfolg staatlicher Entwicklungsprogramme weiter ausbleibt. Fehlende Erfolge und mangelnde internationale Unterstützung machen die Regierung anfälliger für die Unzufriedenheit der Bevölkerung sowie interne Angriffe und Konflikte.

Angesichts dieser verfahrenen politischen Lage sind Fortschritte im Bereich der verfassungsmäßig geplanten Dezentralisierung wichtig. Die Durchführung der geplanten Provinz- und Lokalwahlen ist eine wichtige Voraussetzung für eine direktere Partizipation der Bevölkerung in der Gestaltung nationaler Entwicklungsanstrengungen. Bislang hat die kongolesische Regierung allerdings noch keine Finanzierung für die anstehenden Wahlen bereitgestellt. Viele Geberstaaten sind zögerlich, diese Wahlen umfangreich zu finanzieren und fordern vielmehr, dass die kongolesischen Behörden die Verantwortung für diese ureigenste Aufgabe eines demokratischen Staates übernehmen solle. Dass die Präsidenten- und Parlamentswahlen 2011 teilweise aus eigenen Mitteln der DR Kongo finanziert und selbständig organisiert wurden, wird von der Kabila-Regierung gerne und mit Stolz vermerkt. Die offensichtlichen organisatorischen und inhaltlichen Defizite zeigen allerdings auch den Bedarf, in Zukunft wieder enger mit internationalen Partnern im Bereich Wahlorganisation zusammen zu arbeiten.

Seit der Auszählung der Stimmen der Wahlen vom 28.11.2011 wurde immer wieder die Forderung laut, dass es Veränderungen in der nationalen Wahlkommission CENI geben müsse. Vertreter der Zivilgesellschaft sollten eine größere Priorität haben. So sollen Parteienkonflikte aus der Organisation der Wahlen herausgehalten werden, um eine ungestörte logistische Vorbereitung zu ermöglichen und den Verdacht struktureller Manipulationen zu vermeiden.

Militär, politische Macht und Milizen im Osten und Norden

Seit Jahresbeginn 2012 hat in den beiden Kivu-Provinzen die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen alten und neuen Milizengruppen und der nationalen kongolesischen Armee FARDC stark zugenommen.

Eine Reihe von bewaffneten Gruppierungen wie die FDLR, die LRA, Mayi-Mayi sowie andere ehemalige oder neue Milizen und Allianzen haben die Schwächen von Zentralregierung und Präsident in der Kivu Region ausgenutzt, um mit Waffengewalt mehr militärischen und politischen Einfluss zu erzwingen.

Die politischen Konflikte des Kongo spiegeln sich in der Fragmentierung der kongolesischen Armee FARDC wider, in die in der Vergangenheit mehrere Rebelleneinheiten integriert

wurden. Wenn es darum geht, illegale Milizen zu bekämpfen, haben FARDC-Bataillone in der Vergangenheit immer wieder den Gehorsam verweigert. Hinzu kommt das notorische Problem der mangelnden Ausbildung, Versorgung und Besoldung der Soldaten und Offiziere, was Disziplinlosigkeit, Korruption und Übergriffe auf die Zivilbevölkerung begünstigt.

Mangelnde Staats- und Regierungstreue und unzureichende Disziplin von Teilen der FARDC haben dazu geführt, dass insbesondere im Norden des Kongo sowie im Nord-Kivu diverse Milizen jahrelang fast ungestört agieren konnten. Dies gilt insbesondere für die LRA-Rebellen des ugandischen Warlords Joseph Kony, aber auch für die ruandisch-stämmigen FDLR-Milizen. Gegen beide Milizen geht die FARDC erst in der letzten Zeit ernsthafter vor. Doch konnten sie bisher nicht vollständig eingegrenzt werden.

Deutlichere Fortschritte erzielte die FARDC im Norden des Kongo in Kooperation mit US-amerikanischen Beratern und Spezialagenten gegen die LRA. Die LRA, die über Jahrzehnte den Norden Ugandas terrorisiert hatte und dann das Grenzgebiet zwischen Kongo, Zentralafrikanischer Republik und Südsudan unsicher machte, ist inzwischen sehr stark dezimiert, versprengt und geschwächt. Aktuell ermöglichen verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten in Siedlungen betroffener Gebiete die Frühwarnung wie auch die Verfolgung der LRA-Gruppen. Im Mai ergriff die ugandische Armee an der Grenze Caesar Achellam, einen führenden LRA-Offizier.

Es hat sich gezeigt, dass bei der Bekämpfung von illegalen Milizen wie der LRA ein multifaktorieller Ansatz am ehesten Erfolge verspricht. Anreize für Soldaten und Offiziere sind wichtig, die ihnen eine Desertion oder Demobilisierung attraktiv erscheinen lassen. Daneben ist die konsequente juristische Verfolgung von hohen Militärführern, z.B. durch den Internationalen Strafgerichtshof, ein wichtiger Faktor, um Übergriffe einzudämmen und mögliche andere Verbrecher aus den Reihen der Milizengruppen abzuschrecken. Ebenso bedeutsam sind soziale und ökonomische Entwicklungsanstrengungen im Umfeld von Rebellengebieten, die zum einen unkontrollierbare Gebiete mit schwacher staatlicher Infrastruktur verkleinern, zum anderen der Bevölkerung ökonomische Alternativen zur Armee als Einkommensgeber bieten.

Kongolesisch–Ruandische Krise in der Kivu-Region – Die Rebellion der M23

Eine besonders gefährliche Entwicklung stellt der seit Mai 2012 aufgeflackerte bewaffnete Kampf zwischen loyalen Teilen der FARDC und Teilen der aus der Armee desertierten ehemaligen-CNDP-Rebellenbewegung dar, die sich unter dem Namen Mouvement M23 („Bewegung des 23. März“) verbunden haben. Soldaten und Kämpfer anderer Gruppierungen schließen sich ihnen weiterhin an. Sie werden darüber hinaus offensichtlich aus dem Ausland unterstützt, insbesondere aus Ruanda. Trotz des massiven Einsatzes von FARDC-Einheiten, leistete die M23 Bewegung mit schätzungsweise 300 bis 600 Kämpfern in den Bergregenwäldern an den Grenzen zu Ruanda und Uganda erfolgreich militärischen

Widerstand. Inzwischen ist ihre Zahl angewachsen. Seit Anfang Juli drängen sie die Regierungsarmee stark zurück und drohen gen Goma vorzurücken, nachdem sie die Grenzstadt Bunagana ohne großen Widerstand eingenommen haben. Als Reaktion verstärken die FARDC sowie die MONUSCO ihre Truppen um die Provinzhauptstadt Goma. Leidtragend ist insbesondere die Zivilbevölkerung, wie vor allem die neuen Flüchtlingsbewegungen zeigen.

Der Konflikt wurzelt nach Darstellung der M23 in der Nichteinhaltung der Vereinbarungen des Friedensvertrags, der am 23. März 2009 zwischen der kongolesischen Regierung und der Ruanda-nahen Rebellengruppe CNDP unter Laurent Nkunda und Bosco Ntaganda geschlossen wurde. Durch diesen wurde die Miliz, in der sich vor allem ruandische und kongolesische Tutsi organisierten, als militärischer Verband in die FARDC integriert. Parallel dazu erhielt der politische Arm der CNDP mehrere mittel- bis hochrangige Posten in Regierungsbehörden und sollte die Form einer demokratischen Partei annehmen.

Versäumnisse im Integrationsprozess nach den Kongokriegen äußern sich jetzt als neue Eskalation. Die Integration der CNDP-Kämpfer in die Armee wurde nie vollständig vollzogen. Sie bildeten eine quasi eigenständige Armee in der Armee, die sich immer wieder Befehlen aus Kinshasa verweigerte. Die Stellung von ehemaligen CNDP-Generälen wurde nicht vollständig geklärt, und die zugebilligten politischen Befugnisse waren aus Sicht der CNDP offenbar nicht ausreichend.

Hinzu kommt, dass Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen – nicht nur für CNDP-Akteure - in der DR Kongo zumeist straffrei bleiben, sogar wenn wie etwa im Falle Gen. Bosco Ntagandas Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshof vorliegen. Diesem werden in Den Haag Kriegsverbrechen vorgeworfen. Die von der Regierung Kabila bis vor kurzem zugebilligte Amnestie für CNDP-Kommandeure und der Verzicht, Gen. Bosco Ntaganda an den Internationalen Strafgerichtshof auszuliefern, stärkte die Position der CNDP in den Kivu-Provinzen und schwächte den Einfluss Präsident Kabilas dort weiter.

Als die oberste Heeresführung der FARDC die Verlegung von Truppen aus den angestammten Kivu-Provinzen forderte, wo die CNDP bisher stationiert war und über umfangreichen wirtschaftlichen Einfluss auf Minengebiete verfügt, desertierten ehemalige CNDP-Kämpfer. Es kam zur Abspaltung der neuen M23-Miliz und zur offenen Rebellion. In dieser Situation kündigte Präsident Kabila bei einem Besuch in Goma Anfang März die Verhaftung von Gen. Ntaganda an, den er zwar nicht an den internationalen Strafgerichtshof ausliefern, jedoch vor ein kongolesisches Gericht stellen wollte. Damit war die Rebellion offensichtlich.

Hinter dem Konflikt zwischen FARDC und CNDP liegt nicht zuletzt der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt um Ruandas Ansprüche und seine Einflussphäre im Kivu. Ruanda verfolgt seit dem Genozid von 1994 offensiv strategische Ziele jenseits seiner Grenze, die es mit eigenen Sicherheitsinteressen legitimiert, insbesondere dem Schutz vor FDLR-

Übergriffen auf sein Territorium. Dahinter verbergen sich wohl aber auch handfeste wirtschaftliche Interessen an den Rohstoffen des Kivu. Angesichts der problematischen Rolle Ruandas in den Kivu-Provinzen verschärfen sich die verbreiteten Ressentiments gegen die ruandophone Bevölkerung im Kongo zunehmend.

Bislang betrachtete die ruandische Führung die CNDP im Allgemeinen als Verbündete mit gemeinsamen politisch-militärischen Interessen in der Region. Der Friedensschluss von 2009 schien die Interessen von Kongo-Kinshasa, CNDP und Ruanda zu einem für alle Seiten annehmbaren Kompromiss zu führen. Dokumente der MONUSCO sowie insbesondere ein Bericht der UN Experts Group vom 27. Juni 2012 (S/2012/348/Add.1) belegen nun, dass Ruanda die M23 zumindest logistisch und personell unterstützt.

Die Regierung der DRC ist diplomatisch in einem Dilemma. Einerseits ist Ruanda ein militärisch und politisch mächtiger Nachbar, mit dem die kongolesische Regierung Konflikte vermeiden möchte. Darüber hinaus sind beide Länder wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Einflussreiche Geschäftsleute aus Politik, Wirtschaft und Armee auf ruandischer und kongolesischer Seite wickeln den Rohstoffexport aus weiten Teilen des Ostkongo über Kigali ab. Ökonomisch profitiert Ruanda von der Durchlässigkeit der Grenzen sowie vom regionalen Handel mit den Kivu-Provinzen. Neben dem Zugang zum kongolesischen Mineralienmarkt hat Ruanda Interesse an der Nutzung landwirtschaftlicher Produkte und Flächen. Auch für die Kivu-Provinzen sind die Verbindungen durch Ruanda zum Weltmarkt von Bedeutung. Zugleich fordert die kongolesische Opposition genauso wie die Bevölkerung in der Kivu-Region ein energisches Vorgehen gegen die politische und militärische Einflussnahme Ruandas und die von Ruanda ausgehende wirtschaftliche Ausbeutung. Kinshasa und Kigali setzen auch in der aktuellen Konfliktsituation auf offizieller diplomatischer und militärischer Ebene den Dialog und die Zusammenarbeit fort, wie etwa wiederholte Treffen der Außenminister der beiden Länder zeigen. Doch die Spannungen sind enorm.

Vor diesem Hintergrund liegen die dringenden Herausforderungen auf der Hand. Die wirtschaftlichen Aktivitäten müssen auf legale, faire und transparente Weise organisiert werden. Auch dürfen keine Sicherheitskräfte bzw. bewaffneten Gruppen ungestraft Kriegsverbrecher schützen und kein Land in der Region darf schwere Menschenrechtsverletzungen unterstützen. Ruanda muss die territoriale Integrität Kongos beachten, geltende völkerrechtliche Normen einhalten und aktiv verhindern, dass die Demokratische Republik Kongo von Ruanda aus destabilisiert wird. Ein wichtiger Schritt wäre in diesem Zusammenhang, dass Ruanda seine Unterstützung für die CNDP und M23 umgehend einstellt. Gleichzeitig müsste die kongolesische Führung gegen die Diskriminierung der Kongolesen ruandischer Herkunft vorgehen, zur Neutralisierung negativer FDLR-Kräfte beitragen und somit die Sicherheitsinteressen Ruandas gewährleisten.

Zuletzt hatte Ruanda dazu beigetragen, die Konfliktlage in den Kivus zu entschärfen. In den letzten Jahren sind mehrere Tausend ehemalige FDLR-Kämpfer nach Ruanda zurückgekehrt

und dort erfolgreich demobilisiert worden. Ob es jedoch gelingt, den noch bestehenden harten Kern der FDLR-Milizionäre zur Rückkehr nach Ruanda und zur Demobilisierung zu bewegen, ist fraglich. Unabhängig davon gilt es, in Ruanda einen Freiraum zu schaffen, in dem sich auch regierungskritische Positionen und eine echte politische Opposition entwickeln können.

Die seit Mitte Juni 2012 zunehmend aggressiveren kritischen Töne der kongolesischen Regierung gegenüber der ruandischen Seite lenken davon ab, dass die Hauptursache der sich ausweitenden Kämpfe im Osten des Kongo vor allem darin liegt, dass es der Zentralregierung nicht gelingt, die verschiedenen in der Kivu-Region vertretenen Interessen politisch zu integrieren. Ein weiterer wichtiger Grund ist die Schwäche des kongolesischen Sicherheitssektors. Das Versagen und die Korruptionsbereitschaft der kongolesischen Zentralregierung sowie ihrer Sicherheitsorgane ermöglichen es immer wieder neuen Milizen, Akteuren und Gruppierungen, auf Kosten der Zivilbevölkerung zu agieren.

Trotz dieser bedauerlichen Situation ist es ein Hoffnungszeichen, dass die DRC und Ruanda sich derzeit um eine diplomatisch-politische Klärung bemühen, wie die gemeinsame Erklärung vom 19. Juni 2012 zeigt.

Militärische und juristische Initiativen gegen Gruppen wie CNDP, FDLR oder andere müssen von politischen Verhandlungen flankiert werden. Eine Amnestie für Kriegsverbrecher oder der erneute Versuch, gefährliche Gruppierungen durch eine Integration in die FARDC zu befrieden, haben sich nicht erst durch die jüngsten Ereignisse um die M23 als untaugliche Ansätze erwiesen. Entscheidend wäre, in politischen Verhandlungen, ggf. mit internationaler diplomatischer Unterstützung, einen nachhaltigen Ansatz zu finden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die CNDP eine klare Aussage dazu macht, ob sie ihre Kämpfer tatsächlich als Teil der FARDC einbringen will und damit auch Versetzungen in andere Provinzen akzeptiert. Die Verankerung eines ethischen Kodex in der Armee (sowie bei Polizei und Geheimdienst) kann dazu beitragen, dass sich alle Truppenteile an den nationalen militärischen Strukturen und Prinzipien ausrichten. Einheiten, die sich diesen verweigern, sollten entwaffnet und demobilisiert werden. Ein wichtiges Zeichen wäre es darüber hinaus, Kriegsverbrecher innerhalb der Führungskader der CNDP und FARDC zu identifizieren und der Justiz zu überstellen. Ein grundlegender Schritt zur Integration der CNDP in das demokratische System wäre schließlich, wenn die CNDP ihre Stellung als politische Partei dazu nutzt, zivil-politische Unterstützung für ihre Anliegen zu suchen. Angesichts seiner großen nationalen Bedeutung sollte der Konflikt auch von der kongolesischen Nationalversammlung debattiert und politisch gesteuert werden.

Rohstoffe als Treibstoff des Kivu-Konflikts

Der illegale Abbau und Export von mineralischen Rohstoffen verleiht den Konflikten in der DR Kongo eine weitere Dimension. Alle Milizen, aber auch Offiziere der FARDC, kontrollieren

rohstoffreiche Territorien in der Kivu-Region oder versuchen, Zugang dazu zu erlangen. Wo dies nicht direkt möglich ist, erzwingen sie mit Waffengewalt Zölle und Abgaben für Abbau und Transport oder plündern Siedlungen. Wie mehrere UN-Expertenberichte belegen, ist vor allem das Nachbarland Ruanda massiv in den illegalen Rohstoffhandel verwickelt. Versuche, mittels verschärfter Handelsvorschriften den militärisch dominierten illegalen Rohstoffhandel auszutrocknen, sind gescheitert. Der US-amerikanische Dodd Frank Act, der alle an US-Börsen notierten Firmen dazu zwingt, nur „konfliktfreie“ kongolesische Mineralien zu nutzen, führte innerhalb kürzester Zeit zu einer Embargo-Situation, die die letzten Reste des legalen Handels in der Kivu-Region beendete. Die illegalen Exporte nach Asien und die arabischen Staaten nahmen jedoch nicht ab. Mafiöse Strukturen und Netzwerke korrupter Politiker, Militärs und Geschäftsleute profitieren weiter ungehindert vom illegalen Handel mit Coltan, Gold, Zinn, Kupfer usw.

Daher wäre es nötig, den aus dem Interesse der Legitimierung von Importen aus der DR Kongo entstandenen Dodd Frank Act mit effektiven Maßnahmen zu verbinden, die eine legale und dem Land und seiner Bevölkerung dienliche volkswirtschaftliche Wertschöpfung in der DR Kongo fördern.

Mehrere Partnerstaaten haben versucht, gemeinsam mit der kongolesischen Regierung Zertifizierungssysteme für Rohstoffexporte als Ausweg aus dieser Krise zu entwickeln. Bislang ist dieser Ansatz jedoch noch wenig praktikabel. Die Vielzahl an unterschiedlichen Ansätzen, die geringe Koordination der einzelnen Projekte und der mangelnde Elan der kongolesischen Administration sowie der fehlende politische Wille haben einen durchgreifenden Erfolg bislang verhindert.

Internationale Intervention zur Stabilisierung in der DRC

Trotz der krisenhaften Entwicklung seit Ende 2011 hat die Gruppe der Partnerstaaten in der DR Kongo einige Initiativen zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform entwickelt. Die EU finanziert mit Eusec und Eupol zwei Programme zur Ausbildung im Bereich Armee und Polizei, die allerdings viel zu klein dimensioniert sind, um relevante Veränderungen bewirken zu können.

Eine positive Entwicklung ist auch das zunehmende US-Engagement beim Versuch, die LRA-Rebellen unter Joseph Kony einzugrenzen und die Führer der LRA festzunehmen.

Die Reform des Sicherheitssektors (Polizei, Geheimdienste, Armee, Justiz) ist von zentraler Bedeutung, benötigt aber stärkere finanzielle, personelle und inhaltliche Unterstützung der Partnerländer und multinationalen Organisationen, um effektiv zu werden. Ausbleibende Erfolge und das mangelnde Engagement der kongolesischen Regierung lassen viele Partnerstaaten zögern, sodass bislang nur ca. ein Prozent der Fördermittel tatsächlich in den Sicherheitssektor investiert wird. Dabei gäbe es eine Reihe von Projekten, die erste schnelle Erfolge bieten könnten. Die Kasernierung bislang ungebundener Truppen, eine verbesserte

Kontrolle über die Auszahlung des Soldes an die Truppen, Schulungen und Ausbildung in den Bereichen Menschenrechte, Opferschutz, Überwindung sexueller Gewalt und Führungsethik könnten dazu beitragen, Korruption und unangemessene Gewaltanwendung der nationalen Polizei und der nationalen Armee FARDC einzugrenzen.

Viele Nichtregierungsorganisationen fordern, dass die UN-Mission MONUSCO in die Sicherheitssektorreform in koordinierender Funktion einbezogen werden sollte, da nur die UN Blauhelmission über ausreichende Expertise und die nötige Infrastruktur verfügt, um in der DRC erfolgreich größere Programme mit den Sicherheitsorganen umzusetzen. Um hier Fortschritte zu erzielen und weiterhin das Kernmandat der MONUSCO, den Schutz der Zivilbevölkerung vor militärischen Übergriffen ins Zentrum zu stellen, müsste die MONUSCO allerdings ausreichend personell und materiell ausgestattet werden. Bislang herrscht trotz der enormen Größe der Mission (über 20.000 Blauhelmsoldaten) immer noch ein permanenter Mangel an materieller Ausstattung und an Personal, die nötig wären, um die immensen Defizite der kongolesischen staatlichen Seite in dem riesigen Land zu kompensieren.

Ein rein militärischer Ansatz wird aber nicht genügen, um die zugrunde liegenden Konfliktursachen in der DRC langfristig zu überwinden. Politische Konflikte wirken in der DRC immer auf den folgenden drei Ebenen: politische Macht/ Zugang zu Ressourcen, Ethnizität und Identität. Die politischen Kräfte in der DR Kongo - Regierung wie Opposition - sind auf internationale Unterstützung und Beratung angewiesen, um das komplexe Konfliktszenario des Kongo zu bewältigen und zivile Formen der Konfliktaustragung zu etablieren. Dafür bedarf es allerdings auch abgestimmter integrativer Ansätze und langfristiger Verpflichtungen von internationalen Partnerländern, der VN und der kongolesischen Regierung.

Vor allem aber ist es wesentlich, die kongolesische Zivilgesellschaft in einen Transformationsprozess einzubinden, der die Kultur der Gewalt gerade auch in den Krisenregionen im Osten des Landes überwindet, und ein Gegengewicht zu den politischen Parteien bildet. Insbesondere institutionalisierte Maßnahmen im Bereich Transitional Justice wie die Einführung der lange geplanten Wahrheits- und Versöhnungskommission, sowie die Überwindung der Straflosigkeit und die umfassende Aufarbeitung ihrer Geschichte unter Einbindung der Zivilgesellschaft können zur Entwicklung einer demokratischen Konfliktkultur beitragen.

Es ist begrüßenswert, dass die Bundesrepublik im Juni 2012 ca. 1,5 Mio. Euro für die Versorgung von über 200.000 neuen intern Vertriebenen und Flüchtlingen in Uganda und Ruanda zur Verfügung gestellt hat. Die Bundesregierung sollte aber darüber hinaus ihr Engagement in internationalen Gremien verstärken, die sich für Verhandlungen, die Beendigung von Kämpfen und Gewalt sowie für nachhaltige Lösungen einsetzen.

Die Neuauflage des deutschen „Friedensfonds“, wie er 2007 von der damaligen Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul initiiert wurde, könnte dazu beitragen, die Zivilgesellschaft beim Aufbau konstruktiver Formen der Konfliktregelung zu unterstützen und einen Beitrag dazu leisten, dass lokale kongolesische NROs ihre Bildungs-, Watchdog- und Vertretungsfunktion für lokale Bevölkerung dort ausüben können, wo bislang keine politische Partizipation gegeben ist.

ÖNZ, 10. Juli 2012

Ökumenisches Netz Zentralafrika
Ecumenical Network Central Africa
Réseau Oecuménique de l'Afrique Centrale

Chausseestr. 128 | 10115 Berlin
Tel. 0049 (0)30 4862 5700
office@oenz.de | www.oenz.de